weil er in jähem, unüberlegtem, blindem Gerechtigkeitszorn nach einem Minister schoß, der Hohn lachte, als Genosse Adler im österreichischen Parlament die Bluturteile gegen Teuerungsdemonstranten geißelte.

Man hatte es mit dem Riegusprozesse sehr eilig und ein großer Apparat war aufgeboten worden, um eine Mitäterschaft sozialistischer Organisationen heraus zu schnüffeln. Die polizistische Liebesmühe war vergebens und der Untersuchungsrichter hätte sich das von vornherein sagen können, wenn er sich mit den sozialistischen Grundsätzen und Anschauungen einigermaßen vertraut gemacht hätte. Weil wir wissen, daß ein System nicht mit seinem zufälligen, momentanen Vertreter fällt, darum lehnen wir terroristische Akte als Kampfmittel ab und halten den roten Stimmzettel für einen wirkungsvolleren politischen Protest als den Browning. Und der Sozialist, der mit dem Revolver in die Politik eines Landes eingreift, in dem der Stimmzettel und die Organisationen der Arbeiter sich noch immer als wirkungsvollste politische Waffen erwiesen haben — der ist kein Sozialist, sondern ein Wirrkopf.

Aber wenn wir Riegas' Attentat vom Standpunkt unserer politischen Anschauung mißbilligen müssen, so soll damit nicht gesagt sein, daß wir die Tat nicht menschlich zu begreifen wüßten. So viel in den zweitägigen Verhandlungen geredet und gefragt worden ist, so wenig war nötig, um Riegus blindes Tun zu begreifen. Es war kaum mehr nötig, als die eine Erklärung, die der Angeklagte am zweiten Tage gab und die nach den Berichten der bürgerlichen Presse lautete:

> Ich habe gewußt, daß die Teuerungsdemonstrationen zur Verhandlung gelangen werden. Ich habe früher oft gehört, daß die Abgeordneten Leute sind, die sich kaufen lassen, und da wollte ich mich überzeugen, ob auch unsere sozialistischen Abgeordneten so sind. Ich hörte dem Dr. Adler zu. Er sprach von den Teuerungsdemonstrationen und der Schandjustiz. Ich habe den Justizminister noch gar nicht gesehen, aber wie ich gehört habe, daß Dr. Adler Schandjustiz sagt und eine Handbewegung gegen den Mann macht, habe ich gewußt, das ist der Justizminister, gerade jetzt hat er angefangen zu lachen. Ein Sozialdemokrat hat unten geschrien: Und der lacht noch! Da habe ich gesehen, **es ist nicht recht, daß der Justizminister lacht, wenn man über so etwas spricht**, und hab' mir gedacht: Du wirst nicht mehr lachen! Ich hab' den Revolver herausgerissen und habe geschossen.

„Es ist nicht recht, daß man lacht, wenn man über so etwas spricht . . ." In den paar Worten liegt der Schlüssel zu Riegus' Schießerei. Neugierig, zu wissen, wie Parlament und Parlamentarier aussehen, ging er hin. Er wollte einmal hören, „ob unsere Abgeordneten auch solche Leute sind", die sich kaufen lassen. Aber er mußte zu seiner Befriedigung hören, daß Genosse Adler die verurteilten Teurungsdemonstranten so nachdrücklich in Schutz nahm, wie es die vorhergegangenen furchtbaren Klassenurteile verlangten, daß Adler den Hunger des Volks und die Aushungerer des Volks für die blutigen Demonstrationen verantwortlich machte. Und der Minister lachte kalten Hohn! . . . Sozialistische Abgeordnete schrien zornig auf, Tribünenbesucher lärmten — Riegus aber schoß. Denn er gehörte nicht zu den Gesunden, Normalen, Vernünftigen, deren Verstand nicht mit der Empörung durchging. Riegus gehört zu den Degenerierten, und aus diesem Umstande wird auch das Jähe, Blinde, Unbegreiflich-Besinnungslose seiner Tat verständlich. Von seinem alkoholischen Vater her erblich belastet, ohne Erziehung aufgewachsen, sammelten sich in ihm alle wilden, leicht erregbaren Instinkte seiner südlichen Heimat, wo Messer und Revolver locker in der Tasche sitzen. In der Kaserne war er ein guter Soldat, galt manchen auch als Halbnarr, im allgemeinen aber als gutmütiger, hilfsbereiter Kerl. Weil ihm der Bürgermeister von Sebenico zu acht Tagen Gefängnis verhalf, die Riegus als Unrecht ansah, bedrohte er den Stadtgewaltigen mit dem Tode. Zu seiner politischen Auffassung ist er gekommen aus dem Gefühl heraus, daß Sozialdemokraten einmal von Chauvinisten, zu denen er lange selbst gehört hat, unrecht geschehen sei.

Und so wie das Attentat kein Plan des Verstandes war, sondern aus wild erregtem, krankhaft gesteigertem Fühlen erwuchs, so war sein Sozialismus reinste Gefühlssache.

Nach allem, was die Verhandlungen ergaben, werden Reichsverband und bürgerliche Presse also mit dem sozialdemokratischen Attentat nur Lügengeschäfte machen können. Denn Riegus ist kein Sozialdemokrat, sondern ein gerechtigkeitsfanatischer Wirrkopf. Und es illustriert die „Gerechtigkeit" des Klassenstaates, daß Riegus sieben Jahre lebendig begraben wird, während jener Minister in Amt und Würden sitzt, der dem Hunger des Volkes Hohn lächelte und den Schuß des armen unglücklichen Dalmatiners provozierte.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag nahm am Donnerstag zunächst die Aufhebung des Gesetzes über die freien Hilfskassen vor. In Zukunft werden diese Kassen dem bureaukratisch-großbourgeoisen Aufsichtsamt für Privatversicherung unterstellt werden. Das reiht sich würdig an der in der famosen Reichsversicherungsordnung enthaltenen Erdrosselung der proletarischen Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen. Aber selbst beim Fortschritt, für den Neumann-Hofer sprach, fand diese neue Sabotage an der proletarischen Selbstverwaltung Zustimmung, und es blieb allein der sozialdemokratischen Fraktion überlassen, die bürgerlichen Saboteure zu bekämpfen. Die Genossen Hoch und Stadthagen unterzogen sich mit Mut und Geschick dieser Aufgabe und straften dabei auch die Behrens und die Becker gründlich ab, die die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen wollten, ohne wieder einmal in das allgemach den Charakter einer parlamentarischen Maulseuche annehmende Terrorismusgeschrei einzustimmen.

Der zweite Teil der Sitzung gehörte der Privatbeamtenversicherung, die voraussichtlich einige Tage in Anspruch nehmen wird. Eine Generaldebatte, wie sonst bei § 1, fand diesmal nicht statt. Vergebens versuchte Genosse Molkenbuhr durchzusetzen, daß im § 1 dem Begriff „Bureaubeamte" eine zugleich klarere und weitere Ausdehnung gegeben würde. Die Mehrheit unter Führung der Regierung verhielt sich ablehnend. Freitag Fortsetzung.

Die Budgetkommission des Reichstags

beendete am Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfes, der die Ausgabe von kleinen Aktien in den Konsulargerichtsbezirken ermöglicht.

Sodann wurde in die Beratung der ostafrikanischen Eisenbahnvorlage eingetreten. Abg. Arendt versuchte, für Bahnbauten über das von der Regierung geforderte Maß hinaus Stimmung zu machen. Der Vorsitzende v. Gamp machte zu diesen Animierungsversuchen seines Fraktionskollegen die Bemerkung, daß die deutsche Industrie jede Mitwirkung in den neuen ostafrikanischen Bahnprojekten als aussichtslos ablehne. — Abg. Roske gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Verhandlungen nicht mit einer genauen Prüfung der Finanzierung des Projekts eingeleitet werde, sondern mit der Empfehlung neuer Projekte. Das sei um so erstaunlicher, als ja bereits alle die Hoffnungen, die man noch vor Jahren in Bezug auf Ostafrika hegte, besonders hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwickelung der Landstriche, die von den neuen Bahnen berührt werden sollen, zuschanden geworden sind, auch die Hoffnungen auf den sogenannten Natron-See, gegen dessen Ausbeutung, falls sie überhaupt lohnend sei, sich deshalb Schwierigkeiten ergeben würden, weil bestimmte Gesellschaften Rechte auf den See haben und sie auch geltend machen würden. — Abg. Müller-Fulda bestätigte ausdrücklich die Wahrheit der vom Abg. Roske im Plenum gegebenen Schilderungen über die scheußlichen Mißhandlungen der Eisenbahnarbeiter. Schuldig sei aber weniger die Baufirma, als vielmehr die Unterakkordanten. Als Abg. Arendt im weiteren Verlauf der Verhandlungen den Schatzsekretär ermahnte, ja nicht zu sehr den Daumen auf den Beutel zu halten bei Forderung von Kolonialbahnen, erklärte Schatzsekretär Wermuth, er finde, daß im Plenum ein schärferer Wind geweht habe als jetzt in der Kommission. Im Plenum habe man ihm Vorwürfe gemacht, er bewillige zu viel, und jetzt werde ihm vorgehalten, er solle nicht zu wenig bewilligen.

Der Artikel A der Gesetzesvorlage wurde genehmigt und dann die weitere Beratung vertagt.

Am Donnerstag setzte die Budgetkommission die Beratung der ostafrikanischen Bahnvorlage fort. Gouverneur Dr. Solf gab gegenüber der lebhaften Kritik an dem Projekt aus der Kommission heraus folgende Erklärung ab: Wie die Herren wissen, bin ich plötzlich während meines Urlaubs in das Kolonialamt als stellvertretender Staatssekretär berufen worden. Ob aus dem Provisorium ein Definitivum wird, weiß ich nicht, ich kann also während der vielleicht nur sehr kurzen Amtszeit prinzipielle Aenderungen in der Kolonialverwaltung nicht vornehmen. Die ostafrikanische Mittellandbahn ist ein Lieblingsprojekt des früheren Staatssekretärs Lindequist, das im Kolonialamt mit großer Sorgfalt ausgearbeitet worden ist. Daß ich Ihnen die mir mühsam von zuständigen Referenten eingepaukte Weisheit vortragen soll, hat keinen Sinn. Was zu sagen ist, wissen die Referenten besser zu schildern als ich.

Ministerialdirektor Herz schilderte, wie günstig der nächste Reichsetat sein werde. Summen für neuwerbende Anlagen kommen nicht mehr in den Etat, die noch vorhandenen werden entsprechend vermindert werden.

Abg. Erzberger wirft der freisinnigen Presse schamlose Verlogenheit vor, weil sie behauptet hat, daß neue große Anleihen kommen werden. — Ministerialdirektor Herz erklärte, im nächsten Etat werden, wenn überhaupt, nur solche Anleihen erscheinen, wie sie den Bestimmungen der Finanzreform entsprechen. Sie werden aber auch dann noch niedriger sein, als die Anleihen der letzten Jahre. — Abg. Erzberger weist darauf hin, daß mit Bewilligung der neuen Bahnvorlage die Zinsenlast im Jahre 1915 um 5½ Millionen sich steigern werde. — Nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Bahnvorlage gegen wenige Stimmen von der Kommission angenommen.

Schwarzblaue Sozialpolitik.

Daß Abgeordnete die Behauptung, sie hätten eine erbärmliche, arbeiterfeindliche Politik gemacht, durch Urteil eines Schöffengerichts entkräften wollen, ist eine groteske Neuerscheinung im öffentlichen Leben der Gegenwart. Das Verdienst, dies verblüffend originelle und einfache Mittel, große Tagesfragen zu beantworten, in Deutschland eingeführt zu haben, gebührt den christlichen Arbeitervertretern, den Herren Giesberts, Becker, Behrens und Dr. Fleischer, die zu diesem Zwecke vier Beleidigungsklagen gegen den verantwortlichen Redakteur der Essener Arbeiterzeitung, den Genossen Neumann, einreichten. Sie fühlten sich gekränkt, weil dieses Parteiblatt in einigen kräftigen Artikeln die klägliche Rolle gekennzeichnet hatte, die von diesen „Sozialpolitikern" bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gespielt worden war. Am 28. November fanden die Hauptverhandlungen statt und die tugendreichen Klagemänner erlebten die reine Freude, daß der Preßsünder zu Geldstrafen von zusammen 340 M. verurteilt wurde. Der Entscheidungstermin aber vor dem allein zuständigen Gericht ist erst auf den 12. Januar 1912 festgesetzt, wie der Verteidiger, Genosse Dr. Frank-Mannheim, mit Recht bemerkte — und für dieses kommende Volksgericht sind einige Ergebnisse der Essener Verhandlungen recht wertvoll.

Den Privatklägern dämmerte vielleicht die Erkenntnis, daß sie sehr überflüssige Klagen erhoben hätten; sie ließen deshalb vortragen, sie bezweckten lediglich, den gehässigen Ton der „roten Presse" zu verbessern. Aber sie mußten sich sofort nachweisen lassen, daß ihnen das moralische Recht zu dieser erzieherischen Wirksamkeit fehle. Aus mehreren Nummern des christlichen Volksfreunds wurden Artikel verlesen, die in geradezu pöbelhafter Weise die sozialdemokratische Partei bekämpften. So wurde z. B. behauptet, daß „sozialdemokratische Abgeordnete im Parlament neuen Lügen- und Verleumdungsstoff präparieren" und daß „die sozialdemokratischen Agitatoren und Zeitungsschreiber nun wetteifern werden, die Lügen ihrer Häuptlinge weiter auszubauen und in die rote Versammlungs- und Preßsprache zu übersetzen". An Stoff zu Beleidigungsklagen würde es also den sozialdemokratischen Führern nicht fehlen, wenn sie dem schlechten, christlichnationalen Beispiel folgen wollten. Aber die Hauptsache war ja den Christlichen — trotz aller Versicherungen des Gegenteils —, daß sie ihr Verhalten, die Preisgabe der Arbeiterforderungen, materiell rechtfertigen wollten. Dieses Ziel haben sie nicht erreicht. Sie beriefen sich bei ihrem Umfall bei den Abstimmungen über die Altersgrenze (Herabsetzung vom 70. auf das 65. Lebensjahr) darauf, daß der Bundesrat habe erklären lassen, die Reichsversicherungsordnung würde scheitern, wenn der Reichstag diese Verbesserung beschließe. Aber sie mußten sich von dem Genossen Molkenbuhr, der als Zeuge vernommen wurde, vorhalten lassen, daß in mehreren analogen Fällen die Regierung schließlich trotz ähnlicher Drohungen nachgegeben habe, wenn die Volksvertretung fest geblieben sei.

Zu einer schweren Blamage der Christlichen gestaltete sich die Vernehmung des Abg. Becker-Arnswalde, auf dessen Zeugnis sich Franz Behrens berufen hatte. Er sollte darüber Auskunft erteilen, warum das Zentrum die Regierungsvorlage und die Kommissionsbeschlüsse verschlechterte dadurch, daß es die obligatorische Wöchnerinnenunterstützung für die Landarbeiterinnen von 8 auf 4 Wochen herunterdrückte. Herr Becker gab kleinlaut zu, daß die Anregung von seinen bayrischen Parteifreunden Irl und Konsorten ausging, entscheidend aber sei für ihn die Rücksicht auf die Konservativen gewesen. Er räumte zwar auf Befragen des Verteidigers ein, daß ohne die Junker, wenn das Zentrum nicht umgefallen wäre, im Reichstage eine starke Mehrheit für die achtwöchige Unterstützung vorhanden gewesen wäre. Aber er fügte bei, daß damit das ganze Gesetz nicht angenommen worden wäre; denn bei den Kompromißverhandlungen sei ihm erklärt worden, die beiden konservativen Fraktionen würden gegen die ganze Reichsversicherungsordnung stimmen, wenn die Landarbeiterinnen acht Wochen Unterstützung bekämen.

Also ganz wie bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch, wo die Junker vom Ersatz des Hasenschadens das Schicksal der deutschen Reichseinheit abhängig machten. Durch diese Feststellung hat Herr Becker das Urteil über sich und seine näheren Gesinnungsgenossen gesprochen. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Durch das Kompromiß mit den brutalen konservativen Arbeiterfeinden haben sich die christlichen Sozialpolitiker unheilbar kompromittiert.

Die „volkswirtschaftlichen Wahrheiten" des Bundes der Landwirte.

Der Bund der Landwirte agitiert mit bunten Postkarten und Plakaten. In Hannover wurde auf der Tagung des Hansabundes mitgeteilt, der Bund der Landwirte habe 17 Millionen Postkarten herstellen lassen, die er in einer Anzahl von 60 Stück den einzelnen Mitgliedern zum Preise von 3 M. zusendet. Der Bund wird also ein Geschäft von rund 280 000 M. machen, wenn er alle Karten losschlägt. Doch das sei nur nebenbei gesagt. Die erste Postkartenserie betitelt sich „Volkswirtschaftliche Wahrheiten". Es wird auf den Karten dargelegt, daß die hauptsächlichste landwirtschaftliche Produktion 13 947 Millionen und die industrielle Produktion nur 6260 M. Wert habe. Auf den bunten Plakaten steigert sich der „wahre Wert" der Produktion der Landwirtschaft auf rund 12 Milliarden und der Wert der gesamten deutschen industriellen Produktion auf 10 Milliarden. Diese Summen hat angeblich eine „unparteiische wissenschaftliche Autorität" herausgerechnet.

Gegen diese bündlerische Leistung hat der Hansabund jetzt eine Broschüre herausgegeben, in der die Angaben der Schriftgelehrten des Bundes der Landwirte als unwahr bezeichnet werden. Die angegebenen Produktionswerte der Landwirtschaft beruhen auf Schätzungen auf Grund von einzelnen Ernteziffern, die als Durchschnittsangaben viel zu hoch sind. Ebenso steht es mit der Statistik des Zuckerkonsums. Auf der anderen Seite habe man die Werte der industriellen und gewerblichen Produktion gewonnen, indem man vom Gesamteinkommen des deutschen Volkes, für das es keine Angaben gibt, das also nur geschätzt ist, die drei ebenfalls willkürlich angenommenen Werte der Ausgaben für Wohnungsmiete, für Handels- und Transportzuschläge und für Differenzen zwischen Ein- und Ausfuhrwerten abzog. Und der Rest, der übrig blieb, das sollte der Gesamtproduktionswert der Industrie sein!

Nach der Broschüre des Hansabundes ist der Wert der Produktion der deutschen Industrie zum mindesten auf das Doppelte anzusetzen als der der landwirtschaftlichen Production. Die Broschüre schließt: „Aus all dem Gesagten ergibt sich, daß das produktionsstatistische Flugblatt des Bundes der Landwirte, wie seine anderen statistischen Flugblätter, zum Beispiel über die Militärtauglichkeit, völlig wertlos sind und nur durch einen ganz tendenziösen Mißbrauch statistischer Zahlen zustande zu bringen waren."

Und das nennen die Bündler „volkswirtschaftliche Wahrheiten"!

Der Hallesche Terrorismusschwindel vor Gericht.

Das Hallesche Schwurgericht hatte am Mittwoch über drei Angeklagte abzurteilen, die vor einiger Zeit in der ganzen bürgerlichen Presse als sozialdemokratische Mörder bezeichnet worden sind. Die Deutsche Tageszeitung und nach ihr mehrere Provinzblätter brachten Mitte September eine schaurige Mordgeschichte, überschrieben „Zielbewußte Messerstecher", nach der mehrere Hirsch-Dunckersche Holzarbeiter, die aus einem boykottierten Betrieb kamen, von „postenstehenden sozialdemokratischen Arbeitern" angehalten und nach kurzem Wortwechsel überfallen und mit Messern derart bearbeitet worden sein sollten, daß der Stellmacher Stolzenfels den Tod davontrug und andere vom Arzt genäht werden mußten.

Die sozialdemokratische Presse stellte demgegenüber sofort fest, daß die Täter keine Mitglieder der Sozialdemokratie sind, daß überhaupt keine Boykottposten gestanden haben und daß nicht die Verhafteten, sondern die Gestochenen die Angreifer waren. Die Schwurgerichtsverhandlung hat jetzt diese Angaben voll bestätigt. Die Angeklagten wurden, da sie sich zweifellos gegenüber den Hirsch-Dunckerschen Angreifern in der Notwehr befunden haben, von der bürgerlichen Geschworenen glatt freigesprochen.

Unternehmer-Terrorismus.

In Quedlinburg am Harz unterhält der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ein sogenanntes nationales Arbeitersekretariat, dessen Sekretär ein ehemaliger Gärtner Walter Krause ist. Bei der vor einigen Tagen vorgenommenen Stadtverordnetenwahl schickte dieser einige Aufpasser in das Wahllokal. Diese berichteten an Krause, daß sechs Arbeiter der großen weltbekannten Firma Gebr. Dippe ihre Stimme für die sozialdemokratische Liste abgegeben hätten. Krause machte hiervon der Firma Gebr. Dippe Mitteilung und diese entließ die Arbeiter auf der Stelle. Die entlassenen Arbeiter sind ausnahmslos Familienväter und weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Bisher hatten die Dippeschen Arbeiter unter Führung eines Aufsehers bei den Wahlen immer die Sozialdemokraten niederstimmen müssen. Wir wollen noch bemerken, daß die Herren Dippe sich mit einem jährlichen Einkommen von je 1¾ Million selbst eingeschätzt haben.

Der Reichsverband schreit bekanntlich nicht wenig über den Terrorismus der Sozialdemokratie. Wie es damit bei den heutigen Reichsverbändlern in der Praxis aussieht, zeigt dieser Fall.

Verabschiedung der kleinen Strafgesetznovelle?

Der Lokalanzeiger meldet: Im Reichstag hat gestern eine aus Vertrauensmännern sämtlicher Fraktionen gebildete freie Kommission getagt, um zu der sogenannten kleinen Strafgesetznovelle Stellung zu nehmen, die bis zur dritten Lesung gediehen ist. Bekanntlich sind große Meinungsverschiedenheiten entstanden, namentlich durch die in zweiter Lesung beschlossene Lex Wagner, die eine erhebliche Verschärfung der Strafen für Beleidigungen durch die Presse vorsieht. Man war sich klar darüber, daß bei Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen eine Verabschiedung der Novelle bei der kurz bemessenen Frist, die der Reichstag noch beisammen ist, sehr zweifelhaft sein mußte. Es sollte deshalb der Versuch gemacht werden, die diesen parteihaften Bestimmungen der Novelle, über die man sich im allgemeinen im Reichstag einig ist — es sind dies die niedrigeren Strafen bei Diebstahl im Rückfall, die niedrigeren Strafen für gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch und die fortschrittlichen Bestimmungen bei der Bestrafung Jugendlicher —, unter Eliminierung der strittigen Punkte zur Verabschiedung zu bringen. Die Kommission hat mehrere Sum-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111201/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG